

Ökumenische Flüchtlingsplattform in
der Euregio Maas- Rhein (B/D/NL)

Oecumenische vluchtelingenplatform
in der Euregio Maas-Rijn (B/D/NL)

Plateforme oecuménique dans
l'Euregio Meuse-Rhin (B/D/NL)

2016
Appell

zur Asyl- und Flüchtlingspolitik

Appel

voor de asiel- en vluchtelingenpolitiek

Appel

**au sujet de la politique de l'asile et
des réfugiés**

Appell

zur aktuellen Asyl- und Flüchtlingspolitik

der ökumenischen Flüchtlingsplattform
in der Euregio Maas-Rhein (B/D/NL)



„Flucht ist kein Verbrechen - Flucht ist ein Menschenrecht“

lautete der Titel, unter dem die ökumenische Flüchtlingsplattform im Februar 2014 eine Resolution veröffentlicht hatte. Diese hat - unterstützt durch die katholischen und protestantischen Kirchen in der Euregio - über den kirchlichen Bereich hinaus vielfache Beachtung erfahren.

Fast zwei Jahre später müssen wir feststellen, dass unsere eindringlichen Forderungen an europäische PolitikerInnen und Institutionen, endlich eine menschliche, von christlichen Werten getragene Flüchtlingspolitik umzusetzen, nicht annähernd erfüllt worden sind. Im Gegenteil: Die **gegenwärtige Lage** ist von noch mehr Abwehr gegenüber Flüchtlingen geprägt, von Strategien der Abschottung, begleitet von parteipolitischen Grabenkämpfen einerseits, von oft völliger Überforderung und Hilflosigkeit der verantwortlichen Institutionen andererseits. Die Situation für Flüchtlinge hat sich nicht nur noch einmal dramatisch verschlechtert, sondern sie hat sich auch grundlegend gewandelt. Das Flüchtlingsdrama vor und an den Toren der Europäischen Union findet täglich seine Fortsetzung und es hat sich zugleich ausgedehnt auf die Fluchtwege durch Europa. Menschenunwürdige Situationen erleben wir nicht mehr nur in den Krisenherden des Nahen Ostens oder bei den unversorgten Flüchtlingen, die in der Türkei auf der Straße leben, sondern auch in Griechenland oder mitten in Europa entlang der Balkan-Route(n).

Wir sehen einen der wichtigsten Gründe für diese Defizite der europäischen Flüchtlingspolitik in der Gleichgültigkeit, auf die Flüchtende, ihre Motive, ihr Elend und ihre Verzweiflung in den letzten Jahrzehnten gestoßen sind und die Zehntausende von ihnen das Leben gekostet hat: Sie sind im Mittelmeer ertrunken, in der Wüste verdurstet, haben sich an Zäunen ihre Körper zerrissen oder sind - wie z.B. in Nordafrika - von Sicherheitskräften ermordet worden. Europäische PolitikerInnen haben diesem Sterben an den Außengrenzen des Kontinents weder Einhalt geboten noch Verantwortung übernommen. Wir stellen folgerichtig fest:

Die Länder der Europäischen Gemeinschaft setzen Flüchtlinge durch massive Einschnitte in das Flüchtlingsrecht immer größeren Gefahren aus.

In klarem Widerspruch zu dieser politischen Haltung und ihren Folgen erleben wir eine gewaltige Bereitschaft, Flüchtlinge willkommen zu heißen. Die vielen Ehrenamtlichen setzen ein Zeichen gegen sich verstärkende Feindbilder, Fremdenhass und Rassismus. Diese Menschen, Gemeinden und Gruppen leisten einen wirksamen Dienst der „Entfeindung“, indem sie Asyl und Flucht positiv im Sinne der Menschenwürde und der Menschenrechte werten. Angesichts der derzeitigen Verschärfungen des Asylrechts und der wieder verstärkten Fokussierung auf Abschottung von und Begrenzung der Flüchtlingsbewegungen nach Europa ist das Eintreten für das Asylrecht und die humanitäre Aufnahme von Flüchtlingen dringend erforderlich.

Unzählige Frauen und Männer setzen sich ehrenamtlich dafür ein, den Ankommenden ihren Aufenthalt so erträglich wie möglich zu gestalten. Gemeinsam mit ihnen stellen die Mitglieder der Euregionalen Flüchtlingsplattform mit Nachdruck fest:

Flüchtlinge sind nicht gefährlich, sondern sie sind gefährdet. Sie fliehen vor Gewalt, Hunger und Hoffnungslosigkeit und suchen bei uns Hilfe und Schutz.

Wir wissen um ihre Not und die Bedingungen, die sie in die Flucht treiben, und wir wissen, dass niemand behaupten kann, ihre Gründe nicht zu kennen. Wir stellen deshalb fest:

Flüchtlinge sind gleich doppelt gefährdet, durch die Lebensbedingungen in ihren Herkunftsländern und durch die politischen Maßnahmen der Ab- und Ausgrenzung.

Dieser zweifachen Gefährdung muss politisch entgegengewirkt werden:

1. Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern

Seit Jahrzehnten ist bekannt, dass Armut und unerträgliche Lebensumstände Millionen Menschen zwingen, ihre Heimat zu verlassen, wenn sie überleben wollen. Ernsthafte Bemühungen zur Veränderung dieser Umstände sind jedoch kaum erfolgt und auch gegenwärtig schwer zu erkennen.

Im Gegenteil:

- Die Ausbeutung der armen durch die reichen Länder geht ungebremst weiter;
- ungerechte Handelsabkommen nehmen vielen ohnehin armen Ländern die Chance, ihre Menschen zu ernähren, weil sie faire Preise für Produkte verhindern;
- Billigimporte, zu denen diese Länder genötigt werden, zerstören die lokalen Märkte;
- Hungerlöhne und krankmachende Arbeitsbedingungen verschärfen die Ausbeutung der Bevölkerung;
- Landraub durch multinationale Konzerne und finanzstarke Investoren vertreibt weltweit immer mehr Menschen von ihrem Grund und Boden;
- die Unterstützung menschenverachtender Regime und ihrer korrupten Handlanger durch die deutsche und europäische Politik verhindert jede Veränderung zugunsten der Bevölkerung;
- eine materielle Grundversorgung mit Wasser, Nahrung, Bildung, Gesundheit, also die Sicherung der fundamentalsten Existenzgrundlagen wird systematisch verhindert;
- die Folgen der Klimakatastrophe treffen die ohnehin leidenden, hungernden und durstenden Menschen in einem noch weitaus folgenschwereren Ausmaß als uns Europäer;
- der Kampf um die zur Neigung gehenden Ressourcen auf dem Globus nimmt immer brutalere Formen an, zuungunsten der ohnehin Benachteiligten, ihre Heimat wird immer unbewohnbarer und zwingt sie zur Flucht;
- insbesondere die deutschen Waffenexporte in alle Welt tragen zu Gewalt und Terror entscheidend bei;
- die Beteiligung nationalstaatlicher Armeen wie der Bundeswehr bzw. der Nato an immer mehr kriegerischen Einsätzen in der Welt ist mitverantwortlich für die katastrophalen Zustände in Syrien, Afghanistan und im Irak und für ungezählte Opfer insbesondere unter der Zivilbevölkerung.

Diese und eine Reihe anderer existenziell unerträglicher Zustände führen als **unbestreitbare Fluchtursachen** dazu, dass Millionen Menschen in Afrika, in Asien, im Nahen Osten, in Süd- und Mittelamerika unter körperlicher und seelischer Gewalt, unter Hunger und Entbehrung, unter Hoffnungslosigkeit, Angst und Traumatisierung leiden. Sie zwingen diese Menschen, in vermeintlich sichere Weltgegenden zu fliehen, vor allem nach Europa, nach Deutschland.

Appell

Deshalb appellieren wir an alle deutschen und europäischen PolitikerInnen:

Wenn Sie Ihre Bekundungen, die Fluchtursachen zu bekämpfen, damit die Menschen keinen Grund mehr haben, nach Europa zu fliehen, ernst meinen, setzen Sie alles daran, diese Fluchtursachen mit allen Ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln abzustellen. Beteiligen Sie sich an einer Großen Transformation hin zu einer klimaverträglichen und sozialgerechten Gesellschaft.

2. Eine humane, gerechte, für alle leidenden Menschen offene Flüchtlingspolitik

- Die aktuelle Flüchtlingsdiskussion in Europa ist von gesellschafts-politischen Widersprüchen und humanen Defiziten geprägt. Die Not und die Verzweiflung hilfesuchender Menschen werden zu einer angeblich für die ganze Gesellschaft bedrohlichen Krise aufgebauscht. Es handelt sich aber, nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa, vor allem um eine politische Krise. Diese Entwicklung kommt keineswegs überraschend. Was wir derzeit erleben, ist keine Flüchtlingskrise, sondern eine politische Krise, in der sich ein europäisches Staatsversagen manifestiert. Der innereuropäische Minimalkonsens, der sonst in allen auch harten Konflikten trägt, scheint zerbrochen. Das macht die Lage auch politisch so unberechenbar.
- Alle NGOs, Sozialverbände, Kirchen und Flüchtlingsinitiativen weisen seit Jahren darauf hin, dass sich Europa auf viel mehr Flüchtlinge einstellen und die notwendigen Bedingungen für ihre angemessene Versorgung und Integration schaffen muss;
- es wurde immer wieder angemahnt, dass eine menschenwürdige Unterbringung nur in angemessen ausgestatteten Wohnungen möglich ist und dass entsprechende Reserven zu schaffen seien;
- auf allen Ebenen von Politik und Verwaltung in ganz Europa wurde so lange gewartet, bis die Flüchtlinge in den Ländern Europas angekommen waren, mit dem Ergebnis übereilter und teilweise planloser Aktivitäten, die in der Regel **erstens** sehr teuer und **zweitens** nicht an menschenwürdigen Standards orientiert sind;
- wir übersehen nicht, dass ein Teil der PolitikerInnen die - im Gegensatz zu den 90er Jahren - gastfreundliche Haltung der Bevölkerungsmehrheit teilt, dass aber ein erheblich größerer Teil versucht, Angst und Fremdenfeindlichkeit zu stärken;
- es ist für uns und für unser demokratisches Gemeinwesen unerträglich, dass viele politische Parteien in allen Europäischen Ländern momentan wetteifern, wer besser in der Lage ist, Ängste vor Überfremdung in der Bevölkerung zu schüren;
- besonders bedrohlich erscheint uns das seit Monaten unübersehbare Resultat dieser politisch fragwürdigen Haltung, dass die Rechtsextremen und insbesondere das rechtsextreme Gewaltpotential gefördert wurde und wird;
- schließlich erinnern wir daran, dass arme Länder, wie beispielweise Pakistan, Libyen, Jordanien und die Türkei weitaus mehr Flüchtlinge als ganz Europa aufnehmen, dass z.B. im Libanon jeder dritte Mensch ein Flüchtling ist. Eine Zahl von 1,6 Mio. Flüchtlingen im Jahr 2015 macht nicht einmal 2% der deutschen Gesamtbevölkerung aus - und Deutschland ist eines der reichsten Länder auf der Erde.

Wir sind überzeugt

- dass weder der weitere Ausbau der Festung Europa noch der weitere Abbau der Flüchtlingsrechte die Fluchtbewegungen in den reichen Westen langfristig aufhalten können,
- dass selbst der Kampf gegen Flüchtlinge mit den modernsten Waffensystemen verzweifelte und hungrige Menschen nicht aufhalten kann,
- dass vor allem aber Europa, das für die Fluchtgründe mitverantwortlich ist, in der Lage sein wird, unter Wahrung der Menschenrechte humane Lösungen zu finden.

Appell

Deshalb appellieren wir an alle deutschen und europäischen PolitikerInnen:

Beenden Sie die politischen Diskussionen und Maßnahmen, national und auf EU-Ebene, die das Ziel von Abschottung und Abwehr der Flüchtlinge verfolgen. Verhindern Sie durch eine klare Haltung für Asyl und Gastfreundschaft, dass die demokratischen Grundlagen eines vereinten Europa in Frage gestellt werden.

3. Forderungskatalog

Auf dem Hintergrund der unzumutbaren Mängel der europäischen Flüchtlingspolitik fordert die Ökumenische Flüchtlingsplattform in der Euregio Maas-Rhein (B,D,NL) von den politisch Verantwortlichen auf allen Ebenen und in allen EU-Ländern:

Weltweit

- Sofortiger Paradigmenwechsel weltweit: Flüchtlinge sind keine Gefährdung, sondern sie sind massiv Gefahren ausgesetzt.
- Einstellung der kriegerischen Interventionen und wirtschaftlichen Ausbeutung als Fluchtursachen vor allem in den Ländern des globalen Südens.
- Stattdessen Entwicklungspolitik, die den Konfliktursachen wie Jugendarbeitslosigkeit, geringe wirtschaftliche Produktivität, Ernährungsunsicherheit, ökologische Degradation oder Folgen des Klimawandels entgegenwirkt.
- Kein Aushöhlen der Genfer Flüchtlingskonvention durch illegale Push-Back-Operationen.
- Waffenexporte, die die Konflikte anheizen und zu Fluchtbewegungen führen, müssen sofort ein Ende haben.
- Entwicklungsarbeit muss das friedliche Zusammenleben in dieser Welt, fördern, also zivile Krisenprävention und friedvolle Konfliktbearbeitung fördern.
- Geregelter Zugang von Flüchtlingen nach Europa mittels humanitärer Visa.

Europa

- Sofortige Beendigung des militärischen Vorgehens gegen Flüchtlinge, das Sterben auf den Fluchtwegen und an den europäischen Außengrenzen muss um Gottes Willen ein Ende haben.
- Kein Auslagern der europäischen Flüchtlingspolitik nach Nordafrika, in die Türkei oder in andere Länder (z.B. durch Hot Spots).
- Beendigung europäischer Kriegseinsätze in Krisengebieten.
- Massive logistische und finanzielle Unterstützung der Binnenvertriebenen und der Flüchtlingslager in Ländern, die die Hauptlast der Fluchtbewegungen tragen.
- Massive finanzielle Unterstützung der Arbeit von multilateralen Organisationen (z.B. UNHCR, UNICEF, u.a.), deren humanitäres Engagement unersetzlich ist.
- Keine Erklärung von Fluchtländern (z.B. dem Balkan) zu „sicheren Herkunftsländern“. Besonders Roma sind in diesen Ländern von Gewalt und Ausgrenzung bedroht.
- Die Bekämpfung der skrupellosen Schleuser - es gibt auch andere - ist am effektivsten durch das Schleifen der Festung Europa durchzusetzen. Europa hat dem Schleuserunwesen durch den Ausbau der Festung erst zum Erfolg verholfen.
- Aufhebung der Dublin III-Regelung, die ungerecht ist und deshalb nie richtig umgesetzt werden konnte und kann; stattdessen die Schaffung einer Wahlmöglichkeit des Ziellandes durch die Flüchtlinge bei entsprechender finanzieller Entlastung durch die EU.

Innenpolitik

- *Energische Schritte gegen Politiker und andere Personen, die zum Widerstand gegen Asylbewerber-Zentren und damit gegen Flüchtlinge aufrufen und hetzen.*
- *Schutz für Politiker und andere Personen, die sich für Flüchtlinge einsetzen.*
- *Verstärkte Bemühungen um Dialog zwischen Befürwortern und Gegnern in der Flüchtlingsdebatte in geschützten Räumen, um den Abbau von oft unbegründeten Ängsten zu ermöglichen.*
- *Errichtung von Flüchtlingsunterkünften für höchstens 150 Personen zur Vermeidung von unübersichtlichen und damit konflikträchtigen Massenunterkünften.*
- *Zusammenarbeit zwischen allen gesellschaftlichen Gruppen (Behörden, Kirchen, Hilfsorganisationen) anregen und fördern, sowohl auf lokaler Ebene als auch landesweit.*
- *Angemessene Versorgung der Flüchtlinge sicher stellen, besonders von Menschen ohne Papiere, z.B. abgewiesene Asylbewerber, solchen, deren Asylverfahren beendet wurde, und solchen, die aus der Abschiebehaft entlassen wurden, ohne dass sie abgeschoben werden können.*
- *Aufnahme und Begleitung von Flüchtlingen über die Grundversorgung (Bett, Bad, Brot) hinaus ermöglichen und fördern.*
- *Unterstützung der ehrenamtlich tätigen Menschen, z.B. durch finanzielle Hilfen (Fahrtkostenerstattung, Schulung und Beratung) sowie Förderung von sog. Patenschaften (vluchtelingenmaatjes)*
- *Um die schnelle Inklusion zu fördern, sollten Flüchtlinge aus Ländern mit hohen Anerkennungsraten in allen europäischen Ländern ohne Prüfung von Asylanträgen ein Bleiberecht bekommen.*
- *Inklusion der Flüchtlinge von Anfang an bei gleichzeitiger Förderung der zirkulären Migration, auch um „drainthebrain“-Systematik zu verhindern.*
- *Keine Unterscheidung mehr zwischen Flüchtlingen zu machen, die sich wegen einer Verfolgung auf die Flucht begeben und denen, die dies aus einer fehlenden Lebensperspektive tun. Hunger und absolute Armut - damit verbunden Hoffnungslosigkeit und Krankheit - sind durchaus Fluchtgründe. Die Bibel kennt solch eine Unterscheidung nicht.*
- *Sofortige Beendigung des Schürens von Angst durch politische Parteien, um parteipolitischen Nutzen daraus zu ziehen. Die Nutznießer sind schon heute die Rechtsextremen.*
- *Abschaffung des Duldungsstatus, der Flüchtlingen keine Chance zur Integration lässt.*
- *Abschaffung von Massen- und Sammelunterkünften, die keine Privat- und Intimsphäre ermöglichen.*
- *Berufliche Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für alle Flüchtlinge.*
- *Kita- und Schulplätze für alle Flüchtlingskinder als Schlüssel für ihre altersangemessene Integration.*

4. Überschreitung der Schamgrenze

Für uns ist die europäische Flüchtlingspolitik eine Schande, weil sie Menschenrechte, christliche Werte und ein friedliches wie gerechtes Zusammenleben aller Menschen missachtet.

Europa sollte seinen Friedensnobelpreis zurückgeben.

Die Mitglieder der Ökumenischen Plattform sind sich sehr wohl bewusst, dass durch die Abschottung Europas der hohe Lebensstandard, insbesondere für die Mittel- und Oberschicht in unseren Ländern zu Lasten der armen Länder und der Armen bei uns zementiert wurde. Unser Wirtschaftssystem tötet auch heute, selbst, wenn kein Krieg geführt wird. Wir haben uns dadurch ihnen und unserem Herrn gegenüber schuldig gemacht.

Papst Franziskus hat es Politikern auf allen Ebenen, aber auch uns sehr deutlich gesagt: **„Wir sind schuldig geworden am Leben der schwächsten und wehrlosesten Brüder Jesu Christi“**. Er zitiert damit aus dem Schuldbekenntnis des ev. Theologen Dietrich Bonhoeffer, der angesichts der Verbrechen im Nationalsozialismus formuliert:

„Die Kirche bekennt, die willkürliche Anwendung brutaler Gewalt, das leibliche und seelische Leiden unzähliger Unschuldiger, Unterdrückung, Haß und Mord gesehen zu haben, ohne ihre Stimme für sie zu erheben, ohne Wege gefunden zu haben, ihnen zu Hilfe zu eilen. Sie ist schuldig geworden am Leben der schwächsten und wehrlosesten Brüder Jesu Christi.“

(D. Bonhoeffer: Schuldbekenntnis, in Ethik, 11. Auflage 1985, S. 118-123)

Wir als Christen sind nicht die „besseren Menschen“, wir verstehen das Schuldbekenntnis als Vermächtnis und Verpflichtung. Es ist an der Zeit, dass wir alle, nicht nur die Politiker, ohne Umschweife umkehren, um uns endlich dessen bewusst zu werden, dass ein Leben in Frieden und Teilhabe nur möglich ist, wenn wir zum Teilen mit denen bereit sind, die kaum eine Lebenschance haben. Dazu kann und muss jeder Einzelne beitragen.

Appel

**voor de huidige asiel- en
vluchtelingenpolitiek**

**van het oecumenische vluchtelingenplatform
in de Euregio Maas-Rijn (B/D/NL)**



„Vluchten is geen misdaad - vluchten is een mensenrecht”

Zo luidde de titel waaronder het oecumenisch vluchtelingenplatform in februari 2014 een resolutie publiceerde. Deze heeft - gesteund door de katholieke en protestantse kerken in de Euregio - ook buiten het domein van de kerken zeer veel waardering gekregen.

Bijna twee jaar later moeten wij constateren dat onze dringende eisen aan Europese politici en instellingen om eindelijk een menselijke, op christelijke waarden berustende vluchtelingenpolitiek tot stand te brengen nog bij benadering niet vervuld zijn. In tegendeel: **De huidige toestand** wordt gekenmerkt door nog meer afweer tegenover vluchtelingen, door strategieën van buitensluiting, begeleid door enerzijds partijpolitieke loopgravenoorlogen, anderzijds door volledige overbelasting en hulpeloosheid van de verantwoordelijke instellingen. De toestand voor de vluchtelingen is niet alleen nogmaals dramatisch slechter geworden, maar is ook fundamenteel veranderd. Het vluchtelingendrama voor en bij de poorten van de Europese Unie gaat dagelijks verder en het heeft zich tegelijkertijd uitgebreid naar de vluchtwegen door Europa. Wij beleven mensonwaardige toestanden niet meer alleen in de crisishaarden van het Nabije Oosten of bij de onverzorgde vluchtelingen die in Turkije langs de wegen leven, maar ook in Griekenland of midden in Europa langs de Balkanroute(s).

Een van de belangrijkste oorzaken voor deze deficiënten van de Europese vluchtelingenpolitiek zien wij in de onverschilligheid waartegen de vluchtelingen, in hun motieven, hun ellende en wanhoop de laatste decennia zijn vastgelopen en die tienduizenden van hen het leven heeft gekost: ze zijn verdronken in de Middellandse zee, van dorst omgekomen in de woestijn, ze hebben hun lichaam gescheurd aan het prikkeldraad of zijn - zoals bijvoorbeeld in Noordafrika - door veiligheidstroepen vermoord. Europese politici hebben dit sterven aan de buitengrenzen van het continent niet tegengehouden, noch de verantwoordelijkheid ervoor op zich genomen. Wij constateren derhalve:

De landen van de Europese gemeenschap stellen door grove beperkingen van het vluchtelingenrecht de vluchtelingen bloot aan steeds grotere gevaren.

Duidelijk in tegenspraak met deze politieke houding en de gevolgen ervan zien wij een geweldige bereidheid om vluchtelingen welkom te heten. De vele vrijwilligers vormen een teken tegen deze zich versterkende vijandbeelden, vreemdelingenhaat en racisme. Deze mensen, gemeentes en groepen bewijzen een actieve dienst van “ontvijanding” doordat zij asiel en vlucht positief waarderen in de betekenis van menswaardigheid en mensenrechten. Tegenover de huidige verscherping van het asielrecht en de weer versterkte focus op buitensluiting en begrenzing van de vluchtelingenbewegingen naar Europa is het opkomen voor het asielrecht en de humanitaire opvang van vluchtelingen dringend nodig.

Tallose vrouwen en mannen zetten zich vrijwillig in om de aangekomenen hun verblijf zo verdraaglijk mogelijk vorm te geven. Gemeenschappelijk met hen stellen de leden van het Euregionale vluchtelingenplatform nadrukkelijk vast:

Vluchtelingen zijn niet gevaarlijk, maar ze zijn in gevaar. Zij vluchten voor geweld, honger en wanhoop en zoeken bij ons hulp en bescherming.

Wij kennen hun nood en de omstandigheden die hen op de vlucht drijven en wij weten dat niemand kan beweren hun motieven niet te kennen. Wij constateren derhalve:

Vluchtelingen zijn meteen dubbel bedreigd, door de levensomstandigheden in hun herkomstlanden en door de politieke maatregelen van uit- en buitensluiting.

Deze dubbele bedreiging moet politiek tegengewerkt worden:

1. Bestrijding van de oorzaken van vlucht in de herkomstlanden

Al decennialang is het bekend dat armoede en onverdraaglijke levensomstandigheden miljoenen mensen dwingen, hun vaderland te verlaten als ze willen overleven. Serieuze pogingen om deze omstandigheden te veranderen hebben echter nauwelijks resultaat gehad en zijn ook vandaag moeilijk zichtbaar.

In tegendeel:

- De uitbuiting van de arme door de rijke landen gaat ongeremd verder;
- onrechtvaardige handelsovereenkomsten ontnemen vele arme landen de kans, hun mensen te voeden, omdat zij eerlijke prijzen voor produkten verhinderen;
- goedkope importen, waartoe deze landen verplicht worden, verstoren de lokale markten;
- hongerlonen en ziekmakende arbeidsvoorwaarden versterken de uitbuiting der bevolking;
- landroof door multinationale concerns en kapitaalkrachtige investeerders verdrijft wereldwijd steeds meer mensen van hun gronden;
- de steun aan mensenverachtende regimes en hun corrupte handlangers door de Duitse en Europese politiek verhindert iedere verandering ten gunste van de bevolking;
- een materiële basisverzorging met water,voedsel,vorming, gezondheid, dus de garantie voor de meest fundamentele bestaansgronden wordt systematisch tegengehouden;
- de gevolgen van de klimaatcatastrofe treffen de toch al lijdende, hongerende en dorstende mensen in een mate die nog veel ernstiger is dan voor ons Europeanen;
- de strijd om de krimpende grondstoffen op de planeet neemt steeds hardere vormen aan, ten nadele van de toch al benadeelden, wier thuisland steeds meer onbewoonbaar wordt en hen dwingt te vluchten;
- in het bijzonder de Duitse wapenexporten over de hele wereld dragen op beslissende wijze bij tot geweld en terreur;
- het deelnemen van nationale legers zoals bijvoorbeeld de Bundeswehr of de NATO aan steeds meer oorlogsdeelname in de wereld is medeverantwoordelijk voor de catastrofale toestanden in Syrië, Afghanistan en in Irak en voor talloze slachtoffers, in het bijzonder onder de burgerbevolking.

Deze en een rij andere existentieel onverdraaglijke toestanden leiden als **niet te bestrijden vluchtmotieven** ertoe, dat miljoenen mensen in Afrika, in Azië, in het nabije oosten, in Zuid- en Middenamerika lijden onder lichamelijk en geestelijk geweld, onder honger en ontbering, onder wanhoop, angst en traumatisering. Die dwingen deze mensen te vluchten naar vermeend veilige delen van de wereld, vóór alles naar Europa, naar Duitsland.

appel

Daarom doen wij een beroep op alle Duitse politici:

Als u uw verklaringen, om de oorzaken van vluchten te bestrijden, zodat de mensen geen reden meer hebben om naar Europa te vluchten, ernstig neemt, zult u al het mogelijke doen om deze oorzaken van vluchten met al de u ter beschikking staande middelen te stoppen. Werkt u dan mee aan een grote transformatie naar een klimaatvriendelijke en sociaal rechtvaardige samenleving.

2. Een humane, rechtvaardige voor alle lijdende mensen open vluchtelingenpolitiek

- De huidige vluchtelingendiscussie in Europa wordt gekenmerkt door sociaal-politieke tegenspraken en menselijke deficiten. De nood en de wanhoop van hulpzoekende mensen worden tot een zogenaamd voor de hele samenleving bedreigende crisis opgeblazen. Het gaat echter, niet alleen in Duitsland, maar in heel Europa, vooral om een politieke crisis. Deze ontwikkeling is allerminst verrassend. Wat wij thans beleven is geen vluchtelingencrisis, maar een politieke crisis waarin zich het falen van de Europese staten manifesteert. De binnen-europese minimum consensus, die overigens in alle, zelfs harde confrontaties overeind blijft, schijnt verbroken. Dat maakt de toestand ook politiek zo onberekenbaar.
- Alle NGO's, sociale instellingen, kerken en vluchtelingeninitiatieven wijzen er al jaren op dat Europa zich moet instellen op veel meer vluchtelingen en de noodzakelijke voorwaarden voor een behoorlijke verzorging en integratie moet scheppen;
- Er werd steeds weer op aangedrongen dat een menswaardige huisvesting in behoorlijk ingerichte woningen mogelijk is en dat passende reserves ter beschikking gesteld moeten worden;
- op alle niveaus van politiek en bestuur in heel Europa werd gewacht tot de vluchtelingen in de Europese landen aangekomen waren, met als resultaat overijld en slecht geregelde activiteiten, die in de regel **ten eerste** erg duur en **ten tweede** niet op menswaardige standaard zijn geïntendeerd;
- wij overzien niet dat een deel van de politici weliswaar - in tegenstelling tot de jaren '90 - de gastvrije houding van de meerderheid der bevolking deelt, maar dat een aanzienlijk groter deel probeert angst en vreemdelingenhaat te versterken;
- het is voor ons en voor onze democratische gemeenschap niet te aanvaarden dat veel politieke partijen in alle Europese landen momenteel wedijveren wie het beste in een positie is de angst onder de bevolking, overspoeld te worden door vreemdelingen, aan te wakkeren;
- bijzonder bedreigend schijnt ons het sinds maanden niet te overziene resultaat van deze politiek bedenkelijke houding, dat de rechtsextremen en in het bijzonder het rechtsextreme geweldpotentieel werd en wordt begunstigd;
- tenslotte herinneren wij eraan dat arme landen zoals bijvoorbeeld Pakistan, Libye, Jordanië, Turkije veruit meer vluchtelingen opnemen als heel Europa, dat bijv. in Libanon elke derde mens een vluchteling is. Een aantal van 1,6 miljoen vluchtelingen in het jaar 2015 is nog geen 2% van de totale bevolking van Duitsland - en Duitsland is een van de rijkste landen op aarde.

Wij zijn ervan overtuigd

- dat noch de verdere uitbouw van de vesting Europa noch de verdere reductie van de vluchtelingenrechten de vluchtbewegingen in het rijke westen voor langere duur zal kunnen ophouden,
- dat zelfs de strijd tegen vluchtelingen met de modernste wapensystemen wanhopige en hongerige mensen niet kan tegenhouden, maar dat bovenal Europa, dat medeverantwoordelijk is voor de vluchtmotieven, in een positie zal zijn om een humane oplossing te vinden onder garantie van de mensenrechten.

appel

Derhalve doen wij een beroep op alle Duitse en Europese politici:

Maak een einde aan de politieke discussies en maatregelen, op nationaal en op EU niveau, die het doel van uitsluiting en verweer tegen vluchtelingen nastreven. Verhinder, door een duidelijke houding ten gunste van asiel en gastvrijheid, dat de democratische basis van een verenigd Europa in twijfel getrokken wordt.

3. Lijst van eisen

Tegen de achtergrond van de onverdraaglijke gebreken van de Europese vluchtelingenpolitiek eist het Oecumenische Vluchtelingenplatform in de Euregio Maas-Rijn van de politiek verantwoordelijken op alle niveaus en in alle UE-landen:

Wereldwijd

- Onmiddellijke wijziging van paradigma overal: vluchtelingen zijn geen gevaar, maar ze zijn op grote schaal aan gevaren blootgesteld.
- ophouden met oorlogsinterventies en economische uitbuiting als oorzaken van vlucht, vooral in de landen in het zuiden van de wereld,
- in plaats daarvan ontwikkelingspolitiek die de oorzaken van conflicten als jeugdwerkloosheid, geringe economische productiviteit, onzekerheid over voldoende voedsel, ecologische achteruitgang of gevolgen van de klimaatverandering tegengaat.
- geen uitholling van de Geneefse vluchtelingenconventie door illegale push-back operaties.
- wapenexporten die conflicten verhitten en tot vluchtbewegingen leiden, moeten onmiddellijk tot een einde komen.
- ontwikkelingswerk moet het vreedzaam samenleven op deze wereld bevorderen, dus moeten crisispredictie en vreedzame conflictoplossing aangemoedigd worden.
- geregulariseerde toegang van vluchtelingen tot Europa door middel van humanitaire visa.

Europa

- onmiddellijke beëindiging van militaire optredens tegen vluchtelingen, aan het sterven op de vluchtwegen en aan de Europese buitengrenzen moet om Gods wil een einde komen.
- geen buitenkampen van de Europese vluchtelingenpolitiek naar Noordafrika, in Turkije of in andere landen (bijv. door Hot Spots).
- beëindiging van de Europese oorlogsinzet in crisisgebieden.
- uitgebreide logistieke en financiële steun aan de binnenlandse vluchtelingen en de vluchtelingenkampen in landen die de voornaamste last van de vluchtbewegingen dragen.
- uitgebreide financiële steun voor het werk van multilaterale organisaties (bijv. UNHCR, UNICEF, e.a.) waarvan de humanitaire inzet onvervangbaar is.
- Geen aanwijzing van vluchtlanden (bijv. De Balkan) tot "veilige herkomst-landen". In het bijzonder Roma worden in deze landen met geweld en uitsluiting bedreigd.
- De bestrijding van de gewetenloze mensensmokkelaars - er zijn ook andere - is het meest effectief door het ontmantelen van de vesting Europa door te zetten. Europa heeft de misstand van de mensensmokkelaars juist door versterking daarvan tot succes gebracht.
- Het opheffen van het Dublin III decreet dat onrechtvaardig is en derhalve nooit goed veranderd kon en kan worden; in plaats daarvan het scheppen van een keuzemogelijkheid van het land van bestemming door de vluchtelingen bij daarmee overeenkomende financiële korting door de EU.

Binnenlandse politiek

- *Energieke stappen tegen politici en andere personen die oproepen tot tegenstand tegen asielzoekercentra en daarmee tegen vluchtelingen opzetten.*
- *Bescherming voor politici en andere personen die zich inzetten voor vluchtelingen.*
- *Versterkte inspanningen voor een dialoog tussen voor- en tegenstanders in het vluchtelingendebat in beschermde ruimtes om het verminderen van vaak ongegronde angsten mogelijk te maken.*
- *Oprichting van onderkomens voor vluchtelingen voor ten hoogste 150 personen ter vermindering van onoverzichtelijke en daardoor conflicten veroorzakende massaverblijven.*
- *Samenwerking tussen alle maatschappelijke groepen (autoriteiten, kerken hulporganisaties) stimuleren en eisen, zowel op lokaal niveau als landelijk.*
- *Passende verzorging van vluchtelingen garanderen, in het bijzonder van mensen zonder papieren, bijv. afgewezen asielzoekers, mensen wier asiel-procedure werd afgesloten en degenen die uit uitzettingsdetentie zijn vrijgelaten zonder dat ze uitgezet konden worden.*
- *Opname en begeleiding van vluchtelingen met meer dan de basis-verzorging (bed,bad,brood) mogelijk maken en eisen.*
- *Ondersteuning van vrijwilligers, bijv. Met financiële hulp (reiskosten-vergoeding, scholing en consultatie alsook het stimuleren van zogen. vluchtelingenmaatjes.*
- *Om snelle inburgering te stimuleren zouden vluchtelingen uit landen met hoge erkenningsgraden in alle Europese landen zonder onderzoek van asielverzoeken een verblijfsrecht moeten krijgen.*
- *Geen onderscheid meer maken tussen vluchtelingen die wegens vervolging op de vlucht slaan en degenen die dat uit gebrek aan levensperspectief doen. Honger en absolute armoede - daarmee verbonden wanhoop en ziekte- zijn beslist redenen voor vlucht. De Bijbel kent zo'n verschil niet.*
- *Onmiddellijke beëindiging van het aanwakkeren van angst door politieke partijen om daaruit politiek voordeel te trekken. Die ervan profiteren zijn vandaag al de rechtsextremen.*
- *Afschaffing van de duldingsstatus, die vluchtlingen geen kans op integratie biedt.*
- *Afschaffing van massa- en verzamelonderkomens, die geen mogelijkheden bieden voor privé - en persoonlijke sfeer.*
- *Mogelijkheden voor beroepsopleidingen en bezigheden voor alle vluchtlingen*
- *Kleuter- en schoolplaatsen voor alle vluchtlingenkinderen als sleutel voor hun leeftijdgebonden integratie.*

4. Overschrijding van de schaamtegrens

Vor ons is de Europese vluchtelingenpolitiek een schande, omdat zij mensen-rechten, christelijke waarden en en vreedzaam en rechtvaardig samenleven van de mensen veracht.

Europa zou haar Nobelprijs voor de vrede moeten teruggeven.

De leden van het oecumenisch platform zijn zich er heel goed van bewust, dat door de muur rond Europa de hoge levensstandaard, in het bijzonder voor de midden- en boven-laag in onze landen ten laste van de arme landen en de armen bij ons dichtgemetseld werd. Ons economisch systeem doodt ook vandaag nog, zelfs als er geen oorlog is. Wij hebben ons daardoor tegenover hen en onze God schuldig gemaakt.

Paus Franciscus heeft het politici op alle niveaus, maar ook ons zeer duidelijk gezegd: **“Wij zijn schuldig geworden aan het leven van de zwakste en meest weerloze broeders van Jezus Christus”**. Hij citeert daarmee uit de schuldbekentenis van de Evangelische theoloog Dietrich Bonhoeffer, die tegenover de misdaden van het Nationaalsocialisme formuleert:

„De Kerk bekent de willekeurige toepassing van brutaal geweld, het lichamelijke en geestelijke lijden van talloze onschuldigen, onderdrukking, haat en moord te hebben gezien, zonder haar stem daarover te verheffen, zonder wegen te hebben gevonden om hen te hulp te snellen. Zij is schuldig geworden aan het leven van de zwakste en meest weerloze broeders van Jezus Christus”.

(D. Bonhoeffer: Schuldbekentnis, in Ethik, 11. Auflage 1985, S. 118-123)

Wij als Christenen zijn niet de “betere mensen”, wij verstaan de schuldbekentenis als testament en verplichting. Het is tijd geworden dat wij allen, niet alleen de politici, zonder omwegen omkeren, om ons eindelijk bewust te worden dat een leven in vrede en deelhebben slechts mogelijk is, als wij bereid zijn tot delen met degenen die nauwelijks een levenskans hebben. Daartoe kan en moet een ieder bijdragen.

Appel

**au sujet de la politique actuelle
de l'asile et des réfugiés
de la Plateforme œcuménique
dans l'Euregio Meuse-Rhin (B/D/NL)**



« **La fuite n'est pas un crime - la fuite est un droit humain.** »

Tel est le titre sous lequel la Plateforme œcuménique a publié une résolution en février 2014. Soutenu par les Églises catholiques et protestantes dans l'Euregio, celle-ci a reçu beaucoup d'attention au-delà du domaine ecclésiastique.

Près de deux ans plus tard, nous devons constater que nos revendications pressantes faites aux responsables politiques et aux institutions européennes afin de transformer la politique à l'égard des réfugiés en une politique humaine portée par les valeurs chrétiennes, n'ont pratiquement pas reçu de réponse. Bien au contraire: **la situation actuelle** est empreinte d'un rejet croissant des réfugiés, de stratégies d'exclusion accompagnées de guerres politiques des tranchées d'un côté, et de surcharge et d'abandon total des institutions responsables d'autre part.

Non seulement la situation des réfugiés s'est empirée de façon dramatique, mais elle a aussi fondamentalement changé. Le drame des réfugiés devant et aux portes de l'Union européenne se poursuit chaque jour et se prolonge à la fois dans leur fuite à travers l'Europe. Ce n'est plus seulement dans les centres de crise au Proche-Orient ou parmi les réfugiés sans moyens qui vivent dans la rue en Turquie que nous assistons à des situations inhumaines mais également en Grèce ou au centre de l'Europe le long de la route des Balkans.

Nous voyons la cause principale de ces manquements de la politique européenne à l'égard des réfugiés dans l'indifférence envers ceux qui fuient, envers leurs motifs, leur misère et leur désespoir qui ont augmenté ces dernières décennies et qui ont coûté la vie à des dizaines de milliers d'entre eux: ils se sont noyés dans la mer Méditerranée, sont morts de soif dans le désert, se sont fait déchirer le corps par ses barbelés ou bien - comme par exemple en Afrique du Nord - ont été assassinés par les forces de sécurité.

Les responsables politiques européens ne se sont pas opposés à cette mort aux frontières extérieures du continent ni en ont pris la responsabilité. C'est pourquoi nous faisons la constatation suivante:

En réduisant massivement leurs droits, les pays de l'Union européenne exposent les réfugiés à des dangers toujours plus grands.

En opposition à cette attitude politique et à ses conséquences, nous sommes tout à fait disposés à accueillir les réfugiés. Les nombreux bénévoles s'opposent à ces clichés, cette hostilité et ce racisme croissants. Ces gens, paroisses et groupes rendent un service efficace contre l'hostilité en valorisant l'asile et la fuite dans le sens de la dignité humaine et des droits de l'homme.

Vu le renforcement actuel du droit d'asile et la focalisation à nouveau accrue sur l'exclusion des réfugiés et la limitation de leurs mouvements vers l'Europe, il est urgent et nécessaire d'intervenir pour le droit d'asile et l'accueil humanitaire des réfugiés.

D'innombrables femmes et hommes s'engagent bénévolement à rendre aussi supportable que possible leur séjour aux arrivants. Ensemble les membres de la Plateforme pour les réfugiés d'Euregio et les bénévoles mettent l'accent sur la constatation suivante:

Les réfugiés ne sont pas dangereux, ils sont en danger. Ils fuient la violence, la faim, le désespoir et nous demandent aide et protection.

Nous connaissons leur détresse et les conditions qui les poussent à fuir et nous savons que personne ne peut prétendre ne pas connaître leurs motifs. C'est pourquoi nous faisons la constatation suivante:

Les réfugiés sont doublement en danger, en raison des conditions de vie dans leurs pays d'origine et à cause des mesures politiques de rejet et d'exclusion.

Ce double danger doit être combattu politiquement:

1. Lutte contre les causes d'exode dans les pays d'origine

On sait depuis des décennies que la pauvreté et les conditions de vie insupportables forcent des millions de gens à quitter leur patrie s'ils veulent survivre. Des efforts sérieux pour changer ces conditions ne sont guère poursuivis et difficiles à reconnaître à l'heure actuelle.

Bien au contraire :

- l'exploitation des pauvres par les pays riches continue sans arrêt;
- les traités de commerce injustes enlèvent aux pays pauvres la possibilité de nourrir les gens en empêchant des prix équitables pour les produits;
- les importations bon marché imposées à ces pays, détruisent les marchés locaux;
- des salaires de misère et des conditions de travail causant des maladies aggravent l'exploitation de la population;
- l'occupation des terres par des entreprises multinationales et des investisseurs riches chasse de plus en plus les gens de leurs terres;
- le soutien aux régimes méprisant l'homme et leurs larbins corrompus par la politique allemande et européenne empêche tout changement en faveur de la population;
- un approvisionnement matériel en eau, nourriture, formation et santé, et par conséquent l'assurance des moyens d'existence les plus fondamentaux, est systématiquement entravé;
- les conséquences de la catastrophe climatique frappent les gens qui souffrent déjà de faim et de soif dans une mesure encore plus lourde de conséquences que nous autres Européens;
- la bataille pour les ressources en diminution sur le globe prend des formes de plus en plus brutales, au préjudice des personnes déjà défavorisées dont la patrie devient inhabitable et les oblige à fuir;
- les exportations allemandes d'armes vers le monde entier contribuent de façon déterminante à la violence et la terreur;
- la participation d'armées nationales comme par exemple la Bundeswehr ou l'OTAN à des enjeux toujours plus guerriers dans le monde est coresponsable des situations catastrophiques en Syrie, en Afghanistan et en Irak et pour d'innombrables victimes en particulier parmi la population civile.

Tous ces points et toute une série d'autres situations existentiellement insupportables sont des **causes de fuite incontestables** pour des millions de personnes en Afrique, en Asie, au Moyen-Orient, en Amérique du Sud et en Amérique centrale qui souffrent de violences physiques et psychiques, de faim et de privation, de désespoir, de peur et de traumatisme. Ils forcent ces gens à fuir vers des régions du monde supposées sûres, avant tout en Europe, en Allemagne.

appel

C'est pourquoi nous faisons appel à tous les responsables politiques allemands et européens:

Si vous prenez au sérieux vos déclarations de combattre les causes de l'émigration pour que les gens n'aient plus de raisons de fuir vers l'Europe, préparez tout pour stopper ces causes de fuite avec tous les moyens disponibles. Participez à une grande transformation vers des sociétés compatibles avec le climat et socialement justes.

2. Une politique à l'égard des réfugiés humaine, juste et ouverte à toutes les personnes souffrantes

- Le débat actuel à propos des réfugiés en Europe est empreint de contradictions politiques et de manquements humains. La détresse et le désespoir des gens criant au secours se transforment en une crise qui menace toute la société. Cependant, il s'agit avant tout d'une crise politique, non seulement en Allemagne, mais dans toute l'Europe. Cette évolution n'est pas une surprise. Ce que nous vivons aujourd'hui n'est pas une crise des réfugiés, mais une crise Politique qui se manifeste par un dysfonctionnement des États européens. Le consensus inter-européen minimum qui se porte dans tous les conflits graves, semble rompu. Politiquement, cela rend la situation imprévisible.
- Toutes les ONG, associations sociales, églises et initiatives pour les réfugiés remarquent depuis des années que l'Europe devra s'adapter à un nombre croissant de réfugiés et créer les conditions nécessaires pour un approvisionnement convenable et pour leur intégration.
- il a toujours été dit qu'un logement digne pour l'être humain n'est possible que dans des maisons équipées convenablement et que les réserves adéquates doivent être fournies;
- dans tous les domaines de la politique et du gouvernement dans l'Europe entière, on a attendu que les réfugiés soient arrivés dans les pays européens, ce qui a eu pour conséquence des activités précipitées et partiellement désordonnées, qui en général sont non seulement très chères mais qui ne sont pas orientées vers des standards humains;
- nous ne voyons pas qu'il existe des responsables politiques qui - contrairement aux années 1990 - partagent l'attitude hospitalière de la majorité de la population, nous ne voyons que ceux qui essaient de renforcer la peur et l'hostilité envers les étrangers;
- pour nous et pour notre communauté démocratique, il est insupportable que de voir que de nombreux partis politiques dans toute l'Europe rivalisent pour savoir qui attise le mieux la peur de l'invasion par les étrangers;
- la conséquence manifeste de cette attitude politique problématique qui dure depuis des mois est particulièrement dangereuse car ce sont les extrémistes de droite et surtout leur potentiel de violence qui se voient et se verront renforcés;
- enfin, nous rappelons que les pays pauvres comme par exemple le Pakistan, la Libye, la Jordanie et la Turquie accueillent bien plus de réfugiés que toute l'Europe et qu'au Liban une personne sur trois est un réfugié. Le nombre de 1,6 millions de réfugiés en 2015 ne constitue même pas 2 % de la population totale allemande - et l'Allemagne est un des pays les plus riches au monde.

Nous sommes convaincus

- que ni l'agrandissement de la forteresse européenne, ni la réduction des droits des réfugiés n'arrêteront à long terme les mouvements de fuite vers l'Occident,
- que même la lutte contre les réfugiés en utilisant les systèmes d'armes les plus modernes ne pourra arrêter les gens désespérés et affamés
- que l'Europe est avant tout en partie responsable des causes de fuite et qu'elle sera en mesure de trouver des solutions humaines en garantissant les droits de l'homme.

appel

C'est pourquoi nous interpellons tous les responsables politiques allemands et européens:

Arrêtez les discussions et mesures politiques un niveau national ou au niveau de l'UE qui poursuivent l'objectif d'exclure et de refouler les réfugiés. Empêchez que les bases démocratiques d'une Europe unie soient mises en question en adoptant une attitude claire en faveur de l'asile et de l'hospitalité.

3. Liste des revendications

Vu les des manquements inacceptables de la politique européenne à l'égard des réfugiés, la Plateforme œcuménique dans l'Euregio Meuse-Rhin (B, D, NL) revendique les points suivants aux responsables politiques à tous les niveaux et dans tous les pays de l'UE:

Dans le monde entier

- Changement de paradigmes dans le monde entier: les réfugiés ne sont pas dangereux, ce sont eux qui sont massivement exposés à des dangers.
- Arrêt des interventions guerrières et de l'exploitation économique car ce sont des causes de fuite, en particulier dans les pays du Sud.
- À la place, une politique de développement qui combat les causes de conflits comme le chômage des jeunes, la baisse de la productivité économique, l'incertitude par rapport à la nourriture, la dégradation écologique ou les conséquences du changement climatique.
- Pas d'affaiblissement de la Convention de Genève sur les Réfugiés par l'intermédiaire d'opérations de Push-Back illégales.
- Les exportations d'armes qui attisent les conflits et engendrent des mouvements de fuite doivent cesser immédiatement.
- L'aide au développement doit exiger la cohabitation paisible dans ce monde et, par conséquent, la prévention des crises civiles et la résolution pacifique des conflits.
- Accès réglementaire des réfugiés à l'Europe à l'aide de visas humanitaires.

Europe

- Arrêt immédiat des actions militaires contre les réfugiés : la mort sur les chemins de fuite et aux frontières extérieures de l'Europe doivent cesser pour l'amour de Dieu.
- Pas de transferts de la politique européenne vers l'Afrique du Nord, la Turquie ou d'autres pays (par exemple via les « Hot Spots »).
- Arrêt des actions militaires dans les régions en crise.
- Soutien logistique et financier massif des expulsés intérieurs et des camps de réfugiés dans les pays qui supportent la charge principale des mouvement de fuite.
- Soutien financier massif du travail des organisations multilatérales (notamment UNHCR, UNICEF) dont l'engagement humanitaire est irremplaçable.
- Aucune déclaration des pays quittés (par exemple les Balkans) comme « pays d'origine sûrs ». Les Roms dans ces pays sont particulièrement menacés de violence et d'expulsion.
- La lutte contre les passeurs sans scrupules - il y en a d'autres - est plus efficace en imposant l'érosion de la forteresse européenne. L'Europe a seulement mis fin au désordre des passeurs en démontant la forteresse.
- Suppression du Décret de Dublin III qui est injuste et qui, par conséquent, ne peut et ne pourra jamais être correctement transposé; à la place la création d'une possibilité de choisir le pays d'arrivée via les réfugiés avec décharge financière correspondante de l'UE.

Politique intérieure

- *Eémarches énergiques contre les responsables politiques et autres personnes qui appellent à la résistance contre les centres de demandeurs d'asile et par conséquent à une campagne contre les réfugiés.*
- *Protection des responsables politiques et des autres personnes qui interviennent pour les réfugiés*
- *Efforts renforcés pour un dialogue entre partisans et adversaires dans les débats sur les réfugiés dans des espaces protégés afin de permettre de supprimer des peurs souvent infondées.*
- *Installation d'abris pour réfugiés pour un maximum de 150 personnes afin d'éviter des abris surchargés peu claires et par conséquent propices aux conflits.*
- *Stimuler et exiger la coopération entre tous les groupes sociaux (autorités, églises, organisations d'aide humanitaire), aux niveaux local et national.*
- *Assurer un approvisionnement convenable pour les réfugiés, en particulier pour les sans-papiers, par exemple, les demandeurs d'asile refusés, ceux dont la procédure est terminée, ceux qui ont quitté les centres de rétention sans qu'ils aient pu être expulsés.*
- *Rendre possible et revendiquer l'accueil et l'accompagnement des réfugiés au-delà de l'approvisionnement de base (lit, bain, pain).*
- *Soutien des bénévoles, par exemple avec des aides financières (remboursement des frais de voyage, formation et conseil) ou l'encouragement de parrainages.*
- *Pour favoriser une intégration rapide, les réfugiés venant de pays dont le taux de reconnaissance est haut devraient obtenir un droit de séjour sans examen de demande d'asile.*
- *Intégration des réfugiés dès le début en promouvant la migration circulaire, également pour empêcher la systématique du « drainthebrain ».*
- *Plus de distinction à faire entre les réfugiés qui fuient à cause des persécutions et ceux qui le font par manque de perspectives de vie. La faim et la pauvreté absolue - ainsi que le désespoir et la maladie - sont tout à fait des motifs de fuite. La Bible ne fait pas de distinction.*
- *Arrêt immédiat de l'attisement de la peur par les partis politiques qui souhaitent en tirer profit. Ceux qui en profitent déjà sont les extrémistes de droite.*
- *Suppression du statut de tolérance, qui ne donne aucune chance aux réfugiés de s'intégrer.*
- *Suppression des abris de masse et lieux de concentration, qui ne permettent pas d'avoir des sphères privés et intimes.*
- *Possibilités de formation professionnelle et d'occupation pour tous les réfugiés.*
- *Places dans les crèches et à la maternelles pour tous les enfants de réfugiés pour qu'ils puissent s'intégrer dès le plus jeune âge.*

4. Dépassement de la frontière de la honte

Pour nous la politique européenne à l'égard des réfugiés est une honte, car elle ne respecte pas les droits de l'homme, les valeurs chrétiennes et une cohabitation paisible et juste de tous les hommes.

L'Europe devrait rendre son prix Nobel de la paix.

Les membres de la Plateforme œcuménique sont conscients que, dans son isolement, l'Europe a cimenté un standard de vie élevé dans nos pays, en particulier pour les classes supérieures et moyennes, aux dépens des plus démunis et des pays pauvres. Même s'il n'y a pas de guerre, notre système économique tue encore aujourd'hui. Ainsi nous nous sommes rendus coupables envers eux et notre Seigneur.

Le pape François l'a clairement dit aux responsables politiques à tous les niveaux, mais également à nous : **« Nous sommes devenus coupables de la vie des plus faibles et plus démunis frères de Jésus-Christ. »** Il cite ainsi la confession des péchés du théologien évangélique Dietrich Bonhoeffer, qui, face aux crimes du national-socialisme, énonce :

« L'Église avoue avoir vu l'application arbitraire de violence brutale, la souffrance physique et mentale d'innombrables innocents, la haine et le meurtre, sans élever sa voix pour eux, sans avoir trouvé les moyens pour courir à leur secours. Elle est devenue coupable de la vie des plus faibles et plus démunis frères de Jésus-Christ. »

(D. Bonhoeffer: Schuldbekentnis (Confiteor), en Ethik, 11. Édition 1985, pp. 118-123)

En tant que chrétiens, nous ne sommes pas les « hommes meilleurs », nous comprenons la confession de foi comme testament et obligation. Il est temps que nous tous, pas seulement les responsables politiques, fassions demi-tour sans détour pour finalement prendre conscience qu'une vie de paix et de partage n'est possible que si nous sommes prêts à partager avec ceux qui n'ont que peu de chance dans la vie. Tout un chacun doit y contribuer.